

# Mieterbund will Reformen

Der Mieterbund fordert Maßnahmen, die den Mietpreisanstieg schnell bremsen sollen.

Von Mathias Wagner

**Regensburg.** Kurt Schindler fiebert dem Montagabend entgegen. Dann ist er mit seinem Mieterbund ins Rathaus eingeladen. Bei einer Besprechung der Koalitionsschefs gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt will der Mieterbund sein „Bündnis für soziale Wohnungspolitik“ vorstellen. Das umfasst vier Schritte, die den Regensburger Mietern kurzfristig weiterhelfen sollen. Denn: Schon lange sieht Mieterbund-Chef Schindler die Mieten in Regensburg explodieren. Vor allem prangert er die Regensburger Stadtbau GmbH, der kommunale Wohnungsbaugesellschaft, an.

„Was da passiert, bezeichnen wir als moderne Wegelagererei.“ Im Detail sprach er bei einem Pressegespräch am gestrigen Dienstag einen Sanierungsfall in der Adalbert-Stifter-Straße an. Schindler will wissen, dass dort durch die Modernisierungsumlage von 11 Prozent, welche die Stadtbau GmbH ausschöpft, die Kaltmieter von 4,09 Euro pro



Kurt Schindler und Horst Eifler fordern ein Umdenken bei der Stadtbau GmbH.

Foto: Wagner

Quadratmeter auf ganze 9,13 Euro ansteigt. „Zehn Parteien haben die Wohnungen bereits verlassen“, so der Mieterbund-Vorsitzende. Nur noch acht seien übrig.

„Die Mieter sagen uns, sie können sich den neuen Mietpreis einfach nicht mehr leisten“, so Schindler. Gemeinsam mit seinem stellvertretenden Vorsitzenden Horst Eifler hat er bereits im November eine Eingabe an den Stadtrat gemacht. Die soll in diesem Monat dem Planungsausschuss vorgelegt werden. Am Montag soll das Thema im Koalitionsausschuss vorbe-

sprochen werden. Der Mieterbund fordert, dass Mieterhöhungen im Wirkungsbereich der Stadtbau GmbH innerhalb von vier Jahren auf 15 Prozent begrenzt und bereits vorbereitete Mieterhöhungen ausgesetzt werden.

Des Weiteren fordert der Mieterbund eine Senkung der Modernisierungsumlage von derzeit elf Prozent der jährlichen Sanierungskosten auf maximal neun Prozent. Horst Eifler führt aus, dass die Zinssätze seit den Siebzigerjahren von rund 13 auf rund drei Prozent gesunken seien, die hohen Umlagekosten er-

scheinen ihm nicht mehr zeitgemäß. Außerdem will der Mieterbund ein Entgegenkommen der Stadtbau GmbH beim Wunsch nach Verkleinerung der Mietfläche. Als vierten Punkt fordert man die Beachtung der Mietpreis- und Belegungsbindung für Mieter von öffentlich geförderten Stadtbau-Wohnungen.

„Wir liegen mit der Stadtbau nicht im Clinch“, will Eifler klarstellen. „Wir wollen aber, dass das Problem behandelt wird.“ Gegebenenfalls sollte der Stadtrat kommunale Fördermittel bereitstellen, so die Mieterbund-Vorsitzenden.